

Elf Millionen Euro für die Braunkohlesanierung in Sachsen-Anhalt

14.02.2002

Wirtschaftsministerin Budde: Sanierung der Bergbaugebiete wird fortgesetzt

Magdeburg/Bitterfeld. Wirtschaftsministerin Katrin Budde hat heute der Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) in Bitterfeld Zuwendungsbescheid für die diesjährigen Arbeiten übergeben. Mit den Geldern von elf Millionen Euro kann die Sanierung und Renaturierung von ehemaligen Bergbauflächen fortgesetzt werden. Die Gesamtkosten liegen in diesem Jahr allein in Sachsen-Anhalt bei 52,7 Millionen Euro. Budde: „Nirgendwo wird der Strukturwandel so deutlich wie in den ehemaligen Bergbauregionen. Hier werden touristische und gewerbliche Angebote mit Zukunft geschaffen.“

Wesentliche Ziele der Grundsanierung sind die Gefahrenabwehr, die Vorbereitung von Investitionen sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Auftragsvergabe erfolgt insbesondere an den Mittelstand in den Braunkohlerevieren.

„Naherholung, Freizeit und Tourismus sollen in den ehemaligen Bergbauregionen zu einem Wirtschaftsfaktor werden“, so Budde. „Von den umgebenden Flächen wird mehr als die Hälfte für Natur und Landschaft, Forst sowie Erholung umgestaltet.“ So sollen aus ca. 14.500 Hektar des stillgelegten Braunkohlenbergbaus ca. 6.500 Hektar Wasserfläche entstehen. Budde: „Damit erhält Sachsen-Anhalt ein beachtliches touristisches Potenzial.“ Dazu gehören unter anderem Golpa-Nord, in Einheit mit dem EXPO-Projekt Ferropolis, das Seelandprojekt in Nachterstedt, der Landschaftspark Goitzsche und die Geiseltalseen.

Zudem werden ehemaligen Industriestandorte mit einer Fläche von etwa 400 ha für eine Gewerbenutzung hergerichtet. An den Standorten Halle-Bruckdorf, Roitzsch, Braunsbedra und Großkayna gibt es bereits Ansiedlungen.

In Sachsen-Anhalt wurden bisher Sanierungsleistungen von 1,1 Milliarden Euro erbracht, wovon 235 Millionen von der Landesregierung stammen. Durchschnittlich wurden damit in den vergangenen zehn Jahren 1.900 Arbeitnehmer pro Jahr beschäftigt.

Grundlage für Finanzierung und Organisation der Sanierung der Braunkohlegebiete ist ein Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesregierung und den ostdeutschen Braunkohleländern. Dieses läuft Ende des Jahres aus. „Der Bund und die betroffenen Länder sind gleichermaßen der Auffassung, sehr schnell das Verwaltungsabkommen zur Finanzierung der Braunkohlesanierung für eine Laufzeit von 2003 bis 2007 zu beschließen“, so Budde.

Wiedergabe der Pressemitteilung des Ministerium für Wirtschaft und Technologie vom 14.02.2002.